

SPD distanziert sich von Eveline Lemke

Tonabbau in Leimersdorf schlägt weiter Wellen. Ministerin soll dem Bergbauamt auf die Finger schauen

Von Victor Francke

GRAFSCHAFT. Die SPD der Grafschaft fordert Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne) auf, im Streit zwischen der Bürgerinitiative „Aktive Grafschafter“ und dem Betreiber der Tongrube Leimersdorf „zum eigentlichen Thema zurückzukehren“.

Anstatt eine „klare und eindeutige Position“ in der Frage zu beziehen, ob nach einem Tonabbau die Grube in eine Deponie umgewandelt werden könne, verlagere die Ministerin nunmehr die Diskussion auf ein völlig anderes Feld, nämlich auf die Frage, ob die Bürgerinitiative „Aktive Grafschafter“ ein wirtschaftliches Interesse bei ihrem Engagement gegen die Deponie verfolge.

„Damit stellt Lemke die Grundsätze der Aktiven Grafschafter in-

frage, deren erklärtes Ziel es ist, sich für den Erhalt und Schutz von Lebensraum, Natur und Obstplantagen speziell im Umfeld der Leimersdorfer Tongrube einzusetzen“, erklärte der Vorsitzende der Grafschafter SPD, Udo Klein. Er stellte klar: „Wir distanzieren uns von den Überlegungen der Ministerin.“ Die Bürgerinitiative habe bei ihrer Gründung die Form einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts gewählt

(GbR), um Sperrgrundstücke aufzukaufen und eine Ausweitung der Tongrube zu verhindern

„Uns erschließt sich nicht, was mit einer solchen Diskussion vom Ministerium bezweckt werden soll“, so Klein. Es gibt nur einen,

der ein rein wirtschaftliches Interesse an der Errichtung einer Deponie haben könne. Und das seien die Leimersdorfer Tonwerke, die zur „CC Umwelt“ in Krefeld gehören, „die mit der Einlagerung von Fremdmassen in der Tongrube Millionengewinne machen möchten“.

„Glaubt die Ministerin, dass jemand an einer Deponie baut?“

SPD-Vorsitzender Udo Klein

Natürlich hätten auch die Aktiven Grafschafter einen wirtschaftlichen Hintergrund für ihr Engagement: Den Wert des Wohneigen-

tums und der Grundstücke in und um Leimersdorf zu erhalten und den Fortbestand der Obstplantagen zu sichern. „Oder glaubt Frau Lemke wirklich, dass unsere Landwirte noch ihre Produkte verkaufen können, die in unmittel-

barer Nähe einer Mülldeponie angebaut werden“, fragt Klein. Und: „Glaubt sie wirklich, dass noch jemand ein Haus in Nähe einer Deponie bauen würde oder dort gerne wohnen möchte?“

Es könne nicht sein, das der Einsatz der „Aktiven Grafschafter“, diese Werte für alle Leimersdorfer Bürger solidarisch zu erhalten, gleichgesetzt würden mit dem Gewinnmaximierungsabsichten eines Unternehmens „aus dem Bereich der Müllentsorgung“.

Die SPD wolle der Ministerin empfehlen, dem Landesamt für Geologie und Bergbau „in dieser Sache mehr auf die Finger zu schauen“. Das Amt ist eine dem Wirtschaftsministerium unterstehende Behörde, der die Kontrolle über den Leimersdorfer Tonabbau obliegt. Heute Abend beschäftigt sich ab 19.30 der Ortsbeirat Leimersdorf mit der Angelegenheit.